

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XIX, No. 3–2003

DREI JAHRZEHNTE NEOLIBERALISMUS IN LATEINAMERIKA Bilanz und Perspektiven

Schwerpunktredaktion: Joachim Becker, Karin Fischer, Johannes Jäger

Mandelbaum Edition Südwind

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen
Universitäten

Projekt Internationale Entwicklung / Zentrum für überfakultäre Forschung
der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer (verantwortl.), Margit Franz, Ingeborg Grau,
Irmi Hanak, Johannes Jäger, Franz Kolland, René Kuppe, Brita Neuhold, An-
dreas Novy, Herwig Palme, Christof Parnreiter, Petra Purkarthofer, Kunibert
Raffer, Andreas Schedler, Anselm Skuhra

Board of Editors:

Dieter Boris (Marburg), John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhals (Leip-
zig), Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda), Peter Jankowitsch
(Paris), Friedrich Katz (Chicago), Helmut Konrad (Graz), Ulrich Menzel
(Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur), Dieter Rothermund (Heidel-
berg), Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston), Osvaldo Sunkel
(Santiago de Chile)

Managing Editor: Karen Imhof

Inhaltsübersicht

4	Editorial
6	JOACHIM BECKER, KARIN FISCHER, JOHANNES JÄGER Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika <i>Bilanz und Perspektiven</i>
19	HERBERT SCHUI Was eigentlich ist Neoliberalismus
35	KAREN IMHOF Finanzkrisen und Neoliberalismus in Lateinamerika
52	OLIVER SCHWANK Staat, Markt und Demokratisierung im Entwicklungsprozess
69	BERNHARD LEUBOLT Demokratisierung als Alternative zum neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell <i>Das partizipative Budget im brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul</i>
87	ANA SILVIA VILKER Argentinien und Venezuela: Zwei unterschiedliche Wege in Zeiten des Neoliberalismus
100	Rezensionen
105	Autoren und Autorinnen
107	Informationen für Autoren und Autorinnen

ANA SILVIA VILKER

Argentinien und Venezuela:

Zwei unterschiedliche Wege in Zeiten des Neoliberalismus

Ziel dieses Beitrages ist es, einige historische, politische und wirtschaftliche Aspekte in der Entwicklung Argentiniens und Venezuelas herauszuarbeiten. Beide Länder können in Zeiten der Globalisierung als Musterbeispiele für höchst unterschiedliche Projekte dargestellt werden: Argentinien ist nach der orthodoxen Anwendung neoliberaler Rezepte in die schwerste Krise seiner Geschichte gesteuert, Venezuela versucht mit der sogenannten bolivarianischen Revolution unter Hugo Chávez alternative Wege zu beschreiten.

Bereits ein kurzer Blick in die Geschichte beider Länder macht unterschiedliche Orientierungen deutlich. Venezuela hat seit seinem Bestehen als Nation den Blick auf Lateinamerika gerichtet. Simón Bolívar, der mehr Politiker als Militär war und stark vom Gedankengut der Französischen Revolution geprägt war, errichtete mit seinen Unabhängigkeitstruppen die Grundpfeiler für die souveräne und unabhängige Republik Venezuela. Als Progressiver seiner Zeit voraus, verfolgte er ein unabhängiges Lateinamerika und gründete Groß-Kolumbien, das einen Teil der Region zu einer Konföderation von freien Nationen integrierte. Dies schien ihm der beste Weg, um einen unabhängigen Entwicklungsweg zu bestreiten (Bolívar 1992). Für die Landbesitzer und die Privilegierten war diese Entwicklung äußerst bedrohlich, und nach dem Tod von Bolívar wurde sein politisches Projekt sprichwörtlich zerschlagen. Trotzdem blieb sein Gedankengut wie ein Samenkorn im Boden eingegraben, und heute wird versucht, dort wieder anzuknüpfen. Im Gegensatz dazu konnte sich in Argentinien die Agraroligarchie behaupten, die besondere Verbindungen zu den europäischen Machtzentren hatte, insbesondere zu England, das den ökonomischen Liberalismus und den Freihandel förderte. Die dortigen Eliten richteten ihren Blick sehr früh auf die reichen Ländereien im Süden Amerikas und seinen ertragreichen Boden, der Lebensmittel und andere Agrarprodukte bereitstellte. Großbritannien begründete in diesem Teil der Welt eine Art Protektorat, was auf die weitere Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen nicht ohne Folgen blieb. In immer wieder kehrenden Angriffen wurden das Land und die indigenen Völker von den Engländern und der mit ihnen verbundenen lokalen Agraroligarchie unterworfen und ausgebeutet (Halperin Donghi 2000, Galeano 2002).

Um die aktuellen Entwicklungswege beider Länder zu skizzieren, betrachten wir das letzte Viertel des vorigen Jahrhunderts genauer, also jene Periode nach dem Regierungsantritt von Margaret Thatcher und Ronald Reagan, die die Durchsetzung des ökonomischen Modells des Neoliberalismus charakterisiert.

1. Argentinien und Venezuela während der 1970er Jahre

1.1. Die argentinische Militärdiktatur: Höhepunkt des Neoliberalismus

Auf den Putsch der argentinischen Militärs 1976 folgte eine noch nie da gewesene Repression, die etwa 30.000 Menschen verschwinden ließ und Tausende ins Exil führte (Halperin Donghi 1998). Ein Großteil derer, die sich ins Exil begeben mussten, wählte Venezuela als neue Heimat, gilt doch Venezuela als jenes Land, das im Gegensatz zu anderen Ländern Lateinamerikas seit 1958 über eine stabile Demokratie verfügte. Diese erlangte sie nach einem Volksaufstand, der, gemeinsam mit einem nennenswerten Teil des Militärs, die Diktatur von Pérez Jiménez beendete.

Die Militärdiktatur unter General Jorge Rafael Videla (1976-1983) beendete die Entwicklungsstrategie der Importsubstitution und schuf die Grundlage für das neoliberale Modell (Basualdo 2001). Bis dahin war ein hohes Niveau an Beschäftigung gegeben, die Löhne und Gehälter waren, verglichen mit anderen lateinamerikanischen Ländern, die höchsten, und die Einkommensverteilung gehörte zu den gerechtesten in ganz Lateinamerika. Diese drückte sich durch den niedrigen Wert des Gini-Koeffizienten von 0,35% im Jahre 1974 aus (Morley 2001). Um die argentinische Entwicklung zu verstehen, ist das Phänomen des Peronismus von zentraler Bedeutung. Der Peronismus ist eine politische Bewegung, die erstmals in der Periode der Importsubstitution in Erscheinung getreten ist. Seither und bis dato hat der Peronismus das Land geprägt – so sehr, dass selbst der neu gewählte Präsident Néstor Kirchner als Peronist, als ein »Caudillo« gilt.

Argentinien konnte in der Nachkriegsperiode mit einer guten Konjunktur, insbesondere aufgrund seiner Nahrungsmittelproduktion und Exporterfolge aufwarten, so dass es Perón erfolgreich gelang, eine populistische Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Die politische Praxis war geprägt von einer systematischen Unterdrückung der Opposition, die ein weites Spektrum – von den anarchistisch, sozialistisch und kommunistisch geführten Gewerkschaften bis zur konservativen katholischen Kirche – umfasste. Perón baute eine hierarchische Staatsstruktur auf, inspiriert durch das faschistische Italien, mit dem er enge Beziehungen gepflegt hatte. Die Gewerkschaften und sozialen Organisationen waren eng an die Regierung gebunden, und so entwickelte sich eine korrupte Führungsebene, die bis heute die Kontrolle über diese Organisationen ausübt. Diese autoritären Charakteristika bilden eine wichtige Konstante in der Politik Argentiniens, wenngleich die Wirtschaftspolitik jenen Paradigmen folgte, die in der Nachkriegsära bestimmend waren. General Perón wurde 1955 durch dissidente Militärs abgesetzt, als die Mittel zur Weiterführung der populistischen Politik fehlten und der Widerstand der Arbeiter wuchs. Perón fand Schutz in Stroessners Paraguay, bald darauf

wurde er in Venezuela von Pérez Jiménez und schließlich in Spanien von General Franco aufgenommen.

Die Grundlegung der neoliberalen Wirtschaftspolitik muss jedoch unter der letzten Militärdiktatur aufgespürt werden. Die wichtigsten Merkmale der politischen Wende waren eine rasche Öffnung zum Weltmarkt, eine Reform des Finanzsektors, eine starke und plötzliche Senkung der Reallöhne und eine zunehmend regressive Verteilung des nationalen Einkommens. Es wurden neue Aufgaben für den öffentlichen Sektor festgelegt, protektionistische Maßnahmen abgebaut und den Märkten eine aktivere Rolle im Entwicklungsprozess gewährt. Die Politik Videlas orientierte sich an den Interessen der mächtigen Agraroligarchie, beförderte aber auch die Finanzspekulation: mit hohen Zinsen über dem internationalen Niveau und der Liberalisierung des Kapitalverkehrs sollte ausländisches Kapital angelockt werden. Ausländische Finanzinvestoren und die lokale Agraroligarchie machten in der Folge ihre Profite mit Bodenspekulationen oder sogenannten Karusellgeschäften: Man verschuldete sich zu niedrigen Zinsen in den USA, legte das Geld in hochverzinsten Peso-Anlagen an und transferierte die Gewinne wieder ins Ausland (Basualdo 2001). Die Folgen dieser gezielten Integration in die internationalen Finanzmärkte und spekulativen Ausdehnung des nationalen Finanzsektors waren massive De-Industrialisierungstendenzen und eine klare Umverteilung von unten nach oben.

Dieses spekulative Verwertungsmodell währte nicht lange. Als Anfang der 1980er Jahre mehrere Banken, die den Spekulationswellen nicht mehr gewachsen waren, zusammen zu brechen drohten und wegen des riesigen Handelsbilanzdefizits der Peso abgewertet wurde, kam es zu massiver Kapitalflucht, die die Regierung zunächst noch aus den Devisenreserven und vermehrter Kreditaufnahme auf den internationalen Märkten finanzierte. Der Staat übernahm die Sicherungsfunktion für private Schulden, indem er sie verstaatlichte (ein wohlbekanntes Phänomen der Verschuldungskrise). Weil aber zu dieser Zeit die internationalen Leitzinsen angehoben und die Kredite teurer wurden, hatte das Regime massive Probleme, das nötige Geld aufzutreiben. Das Finanzsystem brach unter der nicht mehr zu kontrollierenden Kapitalflucht und galoppierenden Inflation zusammen. 1982 erklärte sich Argentinien erstmals zahlungsunfähig, das im Rahmen der Umschuldungsverhandlungen oktroyierte Strukturanpassungsprogramm des IWF führte zu harten Verteilungskämpfen.

Durch die Strategie der forcierten externen Verschuldung stiegen die öffentlichen und privaten Schulden von 13 Millionen US-Dollar Mitte der 1970er Jahre auf 46 Millionen im Jahr 1983, als die Demokratie wiederhergestellt wurde (Calcagno/Calcagno 2002). In dieser Zeit konnte auch ein Großteil der Mittelklasse zu einem »geborgten« Wohlstand kommen, den politischen Preis mussten jedoch die

unteren Klassen der Bevölkerung mit Realeinkommensverlusten und Arbeitslosigkeit bezahlen (Neffa 1998, Basualdo 2001). Das Unbehagen drückte sich durch massive Demonstrationen der ArbeiterInnen und Forderungen nach Lohnerhöhungen aus. Die Proteste wurden brutal niedergeschlagen, die hohe Anzahl von Toten sollte als Warnung für die gesamte Gesellschaft gelten. Die militärische Niederlage gegen Großbritannien um die Malvinas (»Falkland Islands«) leitete schließlich die letzten Tage der Militärregierung ein: Konnten durch das Abenteuer der Militärs zunächst noch die Menschen durch nationalistische und patriotische Mobilisierung an das Regime gebunden werden, wurden nach der Niederlage schnell Rufe nach Wahlen laut. Trotzdem sollten sich die Ziele der Militärs, sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch in der Gesellschaftspolitik, in der Folge als unumkehrbar erweisen.

1.2. Venezuela während der 1970er Jahre

Im Gefolge der Energiekrise und des damit verbundenen Anstiegs der Erdölpreise und reichhaltigen Devisenzuflusses erlebte Venezuela eine Periode des Wohlstands. Die Demokratie behauptete sich, und bis zum Erscheinen von Hugo Chávez auf der politischen Bühne wechselten sich die beiden großen Parteien – Copei (Christlich-Soziale) und Acción Democrática (Sozialdemokraten) – an der Regierung ab. Die wirtschaftlichen Aktivitäten Venezuelas, die bis dato auf der Ausbeutung agrarischer Rohstoffe basierte, wurde allmählich durch Erdölrenditen ersetzt. In der Folge emigrierte ein Großteil der Landbevölkerung in die urbanen Zentren, was zum Anwachsen peripherer und marginalisierter Stadtviertel ohne Infrastruktur führte. Mit der Zeit konnte der Nahrungsmittelbedarf nicht mehr gedeckt werden und das Land wurde zunehmend abhängig von Importen. Verschwendung und Korruption, in die auch die politische und gewerkschaftliche Führung immer mehr verstrickt waren, vergrößerte die Armut der unteren Schichten. Insbesondere in der Regierungszeit von Carlos Andrés Pérez von der Acción Democrática (1974-1979) wurde das Erdöl nicht als Quelle für nachhaltiges Wachstum verwendet, sondern beförderte eine neue Schicht von Reichen.

2. Die Entwicklung seit den 1980er Jahren bis heute

2.1. Neoliberalismus und formelle Demokratie in Argentinien

Die sozialdemokratische Regierung unter Präsident Alfonsín stellte 1983 in Argentinien formell die Demokratie wieder her. Obwohl Alfonsín während der Wahlkampfs eine Verbesserung der sozialen Lage versprach, war die Realität bestimmt durch eine hohe Auslandsschuld und Rezession. Die hohe Inflation, die sektoralen Widersprüche sowie die peronistische Opposition und der Gewerk-

schaftsverband CGT setzten der Regierung durch oftmalige Generalstreiks zu. So nahm die Legitimität der gewählten Regierung ab, die nicht den Mut besaß, andere Politiken durchzusetzen, als jene, die vom Internationalen Währungsfonds, von der Weltbank und anderen einflussreichen ausländischen wirtschaftlichen Gruppen diktiert wurden. Die Regierung hatte auch die Verantwortung, die für Völkermord verantwortlichen Militärs vor Gericht zu stellen. In einem Musterprozess wurden sie zwar verurteilt, kurze Zeit darauf führte jedoch ein Militäraufstand zur erfolgreichen Durchsetzung von Amnestiegesetzen, die verhinderten, dass die Verantwortlichen belangt wurden. Das Verhalten von Präsident Alfonsín in dieser Situation war widersprüchlich: Auf der einen Seite unterstützte er die Bevölkerung, die die Demokratie auf der Straße verteidigte, auf der anderen Seite machte er gemeinsame Sache mit den Militärs und kam ihnen mit den Amnestiegesetzen entgegen. Die Bevölkerung musste feststellen, dass die Demokratie nicht als ein Prozess der Teilhabe und Re-Politisierung zurückgekehrt war, sondern wiederum im Dienste einiger weniger Berufspolitiker funktionierte. Alfonsín musste schließlich aufgrund der unkontrollierbar gewordenen Hyperinflation früher als vorgesehen abtreten, und es gelang den oppositionellen Peronisten, abermals an die Macht kommen. Carlos Menem gewann mit 47,3 % der Stimmen die Präsidentschaftswahlen (Cambio cultural 2003). Während des Wahlkampfes versprach er eine Erhöhung der Löhne und soziale Verbesserungen. Tatsächlich vertiefte er in der politischen Praxis das neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell.

Es war die Zeit der Privatisierung, Korruption und einer Währungsreform, die 1991 implementiert wurde. Das sogenannte Currency Board System beschränkte den Geldumlauf in lokaler Währung auf den Umfang der Devisenreserven in Dollar. Gleichzeitig wurde das Verhältnis zwischen Peso und Dollar auf 1:1 festgelegt. Eines der Ziele des Konvertibilitätspaktes war die Beseitigung der Hyperinflation. Die so entstandene Überbewertung des Peso und die Liberalisierung des Außenhandels verschärften jedoch die externe Konkurrenz (Neffa 1998). Die interne Nachfrage wurde auf zwei Arten stimuliert: einerseits durch die Senkung der Hyperinflation (so konnten die unteren Schichten ihre Kaufkraft wiedererlangen), andererseits verschaffte der erneute Zugang zu Krediten der Mittelschicht die Möglichkeit, vermehrt Waren und Dienstleistungen zu konsumieren. Während des Konvertibilitätspaktes stiegen die Importe schneller als die Exporte und verursachten somit ein Handelsbilanzdefizit. Das parallel entstandene Haushaltsdefizit wurde durch Kapitalimporte abgedeckt, die durch das hohe interne Zinsniveau stimuliert wurden. Damit wurde die argentinische Volkswirtschaft hochgradig verwundbar und abhängig von externen Kapitalflüssen.

Diese Politik mündete in die höchste je in Lateinamerika gemessene Auslandsverschuldung. Sie stieg von 61.337 Millionen US-Dollar im Jahr 1991 auf

über 141.957 Millionen US-Dollar im Jahr 1998 (CEPAL 2001). Während der Regierungszeit von Menem wurden die meisten staatlichen Unternehmen privatisiert, darunter die Gas- und Energieversorger, die Erdölindustrie, die Post- und Telekommunikationsdienste und die Luftfahrt. Die privatisierten Unternehmen wurden durch unterbewertete Anteilscheine verkauft (sie wurden mit 50% des Nominalwertes auf den internationalen Börsen angeboten). Den neuen Eigentümern wurden außergewöhnliche Gewinne versprochen und sämtliche Transaktionen in US-Dollar erlaubt, was die Abhängigkeit von der US-amerikanischen Inflationsrate und Währungspolitik verstärkte (Neffa 1998). Die durch die Privatisierung eingenommen 44.000 Millionen US-Dollar verschwanden durch Korruption, anstatt, wie von der Regierung versprochen, zur Tilgung der Auslandsschuld eingesetzt zu werden (Salgado 2002). Die Konzentration der ehemals öffentlichen Unternehmen in wenigen privaten Händen bedeutete den Verlust nationaler Einflussmöglichkeiten und gleichzeitig die Übergabe der Entscheidungsmacht an die großen multinationalen Unternehmen. Inspiriert vom chilenischen Modell wurde auch das Sozialversicherungssystem privatisiert (Heymann 2000). Das neben den privaten Pensionsversicherungsanstalten (AFJP) bestehende staatliche System muss seither mit zunehmend weniger Beiträgen, meist von älteren PensionistInnen, auskommen, da etwa zwei Drittel der Versicherten zur privaten Pensionsversicherung wechselten. Den AFJP wurde gesetzlich erlaubt, 75% ihrer Beiträge in öffentlich-staatliche Anleihen zu investieren. Zusätzlich verpflichtete die Regierung die AFJP, in öffentliche Schuldverschreibungen zu investieren, um das öffentliche Defizit einzudämmen (SAFJP 2003). Das Ende der Dollar-Bindung würde somit massive Verluste für die künftigen PensionistInnen bedeuten. Dies wird von politischen Beobachtern auch als Grund für die erfolgreiche Wiederwahl von Menem im Jahr 1995 gewertet: eine Vielzahl der Stimmen waren demnach sogenannte »Anteilstimmen« derjenigen, die in US-Dollar verschuldet waren und Angst hatten, dass eine neue Regierung die Dollar-Peso-Parität auflösen könnte. Angesichts der weit fortgeschrittenen Dollarisierung und der Tatsache, dass sich eine Mehrzahl der ArgentinierInnen in Dollar verschuldet hatte, konnte ein starker Peso mit einer breiten sozialen Basis bis weit in die Mittelschichten hinein rechnen.

Im Dezember 1999 kam mit Präsident Fernando de la Rúa von der Unión Cívica Radical die Sozialdemokratie, diesmal mit Teilen der Linken (Frepaso) und der Mitte zurück an die Macht. Es folgte jedoch kein wirtschaftspolitischer Kurswechsel, sondern eine Vertiefung der neoliberalen Politik, wie beispielsweise die steuerliche Bevorzugung der ausländischen Kreditgeber zeigt. Selbst in der einsetzenden Rezession wurde der Forderung des IWF nach einem »Nulldefizit« nachgegeben, um den Schuldendienst aufrechtzuerhalten. Dieses Versprechen konnte

jedoch unmöglich eingehalten werden – auch nicht mit der Ankündigung, die Arbeit zu flexibilisieren und die Arbeitsverhältnisse weiter zu verschlechtern. So kam es im Dezember 2001 zu lautstarken Protesten der Arbeitslosen, und auch die Mittelschicht brachte ihren Unmut zum Ausdruck, als ihre Sparguthaben eingefroren wurden. Der Kongress in Buenos Aires wählte nach dem Rücktritt des Präsidenten de la Rúa eine Übergangsregierung unter Eduardo Duhalde, Vizepräsident während der ersten Amtszeit von Menem. Dieser hatte nun die Aufgabe, die Peso-Dollar-Parität aufzulösen und damit den Peso zur Abwertung freizugeben, die Verhandlungen mit dem IWF voranzutreiben und für Stabilität in der Wirtschaftspolitik zu sorgen. Um die massiven Proteste zu stoppen, wurde verordnet, den arbeitslosen Haushaltsvorständen 50 US-Dollar monatlich auszubezahlen (Ministerio de economía de la República Argentina 2002).

Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser massiven Krise drücken sich zum einen in der gesunkenen internen Nachfrage, zum anderen in einem starken Anstieg der Arbeitslosenrate auf über 23% aus (INDEC 2002). Der Reallohn sank um 24% während des Jahres 2002, die Regression der Einkommensverteilung verstärkte sich, und die öffentlichen und privaten Investitionen kamen praktisch zum Stillstand (CEB 2002). Das Bruttoinlandsprodukt gab während des Jahres 2002 um 11% nach, die Exporte brachen um über 5% ein, obwohl sich der Wert des US-Dollars rasch verdreifachte. Die Exporte von Industriegütern sanken um 8%, während die Produktion im Industriesektor um 10% gegenüber dem Vorjahr nachgab (INDEC 2003). Auch die hohe Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung spiegelt die ökonomische Krise wider. Ihr Anteil stieg auf 57,5%, von absoluter Armut sind mittlerweile etwa sieben Millionen Menschen, also 27,5% der Bevölkerung, betroffen. Zudem wurde der Rechtsstaat zur Fiktion, das manipulierte Justizwesen erwies sich als Helfer für die Interessen der Mächtigen. So darf es nicht verwundern, dass der oberste Gerichtshof die Anklagen gegen Menem, darunter illegaler Waffenhandel und illegale Bereicherung, fallen gelassen wurden.

2.2. Venezuela: Bolivarianische Revolution in Zeiten des Neoliberalismus

In Venezuela wurde 1989 Carlos Andrés Pérez zum zweiten Mal zum Präsidenten gewählt und führte die Politik seiner Vorgänger – Luis Herrera Campins von der Copei und Jaime Lusinchi von der Acción Democrática – fort. Dieses Mal bereicherte er jedoch mit den Rezepten des Internationalen Währungsfonds die Politik: Privatisierungen, Erhöhung der Gebühren für öffentliche Leistungen und eine Öffnung hin zum Weltmarkt. Die ersten Maßnahmen in diese Richtung wurden von der Bevölkerung entschieden zurückgewiesen. Nur drei Wochen nach der Ankündigung seiner Pläne entluden sich die sozialen Proteste im sogenannten

»Caracazo«. Plünderungen und Chaos waren Ausdruck der Ablehnung der Bevölkerung, die zu Tausenden von den Armenviertel an den Hängen rund um die Hauptstadt Caracas herunterkamen, um gegen die Fahrpreiserhöhungen zu protestieren. Die brutale Niederschlagung der Massenproteste mit zahlreichen Todesopfern schwächte die Regierung gerade in dem Moment entscheidend, als neoliberale Politiken eingeführt werden sollten. Ein Teil der Streitkräfte, angeführt von Oberst Hugo Chávez, scheiterte zwar mit einem Putschversuch, der große Sympathie bei der Mehrheit der Bevölkerung auslöste – der amtierende Präsident hatte trotzdem kein Glück: Aufgrund seiner Verstrickung in Korruptionsskandale musste er per Beschluss des Kongresses vorzeitig sein Amt verlassen. Nach der Übergangszeit wurden 1994 Wahlen abgehalten, die durch interne Konflikte und einen Legitimitätsverlust der traditionellen Parteien gekennzeichnet waren. Unter diesen Umständen wurde der unabhängige Kandidat Caldera, einstiger Gründer der sozialdemokratischen Partei, mit Hilfe gesellschaftlicher Mitte-Links-Sektoren und Politiker der Mitte-Links-Parteien zum Präsidenten gewählt. Eine seiner ersten Entscheidungen bestand darin, Chávez und andere Militärs, die an dem Putschversuch beteiligt waren, zu amnestieren. Die Regierung Caldera konnte keine wirtschaftspolitischen Akzente setzen, ebenso wenig konnte das hohe Ausmaß an Korruption gestoppt werden.

Hugo Chávez, nach seiner Amnestierung in Freiheit, wählte nun den demokratischen Weg zur Macht. Um dieses Ziel zu erreichen, gründete er eine neue politische Kraft, die »Bewegung Fünfte Republik« (Movimiento V República, MVR), mit der er im Jahre 1999 die Präsidentschaftswahlen gewann und die seit 1959 bestehende Zweiparteienherrschaft brach. Seit dem Aufstieg von Hugo Chávez und seiner politischen und sozialen Bewegung wird in Venezuela ein zum vorherrschenden Neoliberalismus alternativer Weg beschritten. Eine der ersten Entscheidungen von Chávez war die Einberufung eines Verfassungskonvents, mit dem Auftrag, eine neue Verfassung auszuarbeiten, die auch sozial- und wirtschaftspolitische Komponenten enthält. Diese konstitutionelle Reform konnte im Unterschied zur argentinischen, die hinter verschlossenen Türen zwischen Carlos Menem und Raul Alfonsín ausgehandelt wurde und unter dem Namen »Pacto de Olivos« bekannt wurde, auf die Partizipation aller sozialen Sektoren, inklusive der indigenen Bevölkerung, zählen. Darüber hinaus wurden internationale Experten einbezogen, die als Berater für soziale Gruppen und Indigene fungierten. Auf diese Weise konnten verschiedene partikulare Anliegen der Zivilgesellschaft eingearbeitet werden. Zum ersten Mal in der Geschichte Venezuelas und Lateinamerikas wurde die ausgearbeitete Verfassung einer Volksabstimmung unterzogen. Sie erlangte massive Zustimmung (62,35% stimmten für den Entwurf). Die Präambel zeigt, dass die neue Verfassung Venezuelas als die demokratischste aller im Mo-

ment existierenden Verfassungen Lateinamerikas gelten kann. Darin wird die Erneuerung der Republik um eine »demokratische, partizipative, multiethnische und multikulturelle Dimension« im Rahmen eines föderalen, dezentralisierten Rechtsstaats proklamiert. Kollektivrechte wie Friede, Solidarität, Wohlstand, das Recht auf Arbeit, Bildung und Kultur sowie das Ziel der Abrüstung und des ökologisches Gleichgewicht (für jetzige und künftige Generationen) stehen an vorrangiger Stelle (Presidencia de la República Bolivariana de Venezuela 2002). Auf Grundlage der neuen Verfassung wurden Neuwahlen ausgerufen, die neben dem Präsidentenam sämtliche politische Funktionen zur Wahl stellten. Im August 2002 wurde Hugo Chávez für eine Amtsperiode von sechs Jahren mit 58% der Stimmen, die Mehrheit davon aus den unteren sozialen Schichten, als Präsident wieder gewählt. Der Sieg dieser neuen politischen Kraft bedeutete für Venezuela einen Richtungswechsel in der nationalen und internationalen Politik. Intendiert wird ein Modell zur Stärkung der nationalen Entwicklung, während gleichzeitig Mittel ergriffen werden, um die regionalen Blöcke zu stärken, wie beispielsweise die Annäherung an den Mercosur bei gleichzeitiger Ablehnung des Plans der USA, die Amerikanische Freihandelszone ALCA auf ganz Lateinamerika auszudehnen.

Venezuela war in dieser Zeit ein zentraler Akteur innerhalb der OPEC. Das Land ist der fünftgrößte Erdölexporteur der Welt und beliefert die USA mit 14% seiner gesamten Erdölimporte. Wie jedoch die Verfassung vorschreibt, ist das venezolanische Erdöl uneingeschränktes Eigentum des Staates und seines Erdölunternehmens *Petróleos de Venezuela (PDVSA)*, das zu 100% im Staatsbesitz steht (<http://www.pdvs.com.ve/>). Der politische Richtungswechsel irritierte von Anfang an die US-amerikanische Regierung, insbesondere als mit Kuba bilaterale Verträge mit dem Ziel einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik abgeschlossen wurden. Die Mittelklasse und die Oberschicht reagierten auf den Angriff auf ihre Privilegien mit massiven Protesten gegen die Regierung, von Sabotageakten bis hin zum Staatsstreich im April 2002, der Hugo Chávez für zwei Tage von der Macht vertrieb. Mit Hilfe eines großen Teils des Militärs und der Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung konnte er das Präsidentenam wieder erringen. Die Opposition, angeführt von den großen privaten Unternehmen, Finanzinstitutionen und den multinationalen Konsortien, verstärkte medial die Proteste im Dezember des gleichen Jahres. Der von den meisten Medien als Streik bezeichnete Protest war jedoch nichts anderes als eine Aussperrung der Arbeiter, die von der Gewerkschaftsspitze, im Verbund mit den alten Parteien und fast allen Medien, organisiert wurde. Der Stillstand der Erdölindustrie traf die Haupteinnahmequelle des Landes. Nach mehr als zwei Monaten der Konfrontationen und Lieferstopps konnte die Regierung die Kontrolle über Lage wiedererlangen. Die Boykotte verursachten hohe Kosten für das Land, und die Regierung war gezwungen, einige

Errungenschaften, die durch die neue Sozial- und Wirtschaftspolitik erreicht wurden, zurückzunehmen. Gemäß offizieller Schätzungen betrug die erlittenen Verluste ca. 20.000 Millionen US-Dollar, was den gesamten Staatsschulden entspricht. Trotz dieser Last konnte die venezolanische Bevölkerung und die Regierung in den folgenden drei Monaten sowohl die interne Versorgung mit Waren und Dienstleistungen als auch die Erdölproduktion wieder herstellen.

Der erfolgreiche Richtungswechsel in der Politik, vor allem die Ablehnung der neoliberalen Konzepte, kann mit folgenden Daten belegt werden: Rückgang der Auslandsschuld von 41.000 Millionen US-Dollar Mitte der 1990er Jahre auf 22.000 Millionen im Jahre 2002; die Inflation sank von 103,2% Mitte der 1990er Jahre auf 12,3% im Jahre 2001, um im darauf folgenden Jahr aufgrund der Boykotte auf 31,2% anzusteigen (Banco Central de Venezuela 2002). Die Armut konnte ebenfalls reduziert werden, und zwar von 49,4% (1999) auf 45,5% (2001); die absolute Armut von 21,7% 1999 auf 17,4% im Jahr 2001 (INE 2001). Die Lebenserwartung stieg im Durchschnitt von 72,8 Jahre (1998) auf 73,5 Jahre im Jahr 2001; die Kindersterblichkeit sank von 20,45‰ im Jahr 1998 auf 17‰ im Jahr 2002 (CEPAL 2003). Im Februar 1999 betrug der Mindestlohn Bs. 75.000,- monatlich, bis Ende September 2002 stieg er auf Bs. 190.080,- monatlich; nominell bedeutet dies einen Anstieg von 153,4%, real beträgt die Steigerung 12,8% pro Jahr (SISOV 2002). Zusätzlich wurde das Trinkwassernetz für weitere zwei Millionen EinwohnerInnen, die zuvor ohne Zugang waren, erweitert. Das Budget für Bildung wurde von 3% des BIP 1998 auf 6,8% 2002 erhöht, was den Bau von über 3.000 neuen Schulen inkludiert. Das Alphabetisierungsprogramm »Robinson«, mit dem bis zum Jahr 2004 der Analphabetismus verschwinden soll, wurde eingeführt. Das Gesundheitsbudget wurde von 3% im Jahr 1998 auf 8% des BIP im Jahr 2002 erhöht. Innerhalb von zwei Jahren wurde der Bau von 92.000 Wohnungen gefördert; dies entspricht dem Gesamtwert der neu errichteten Wohnungen zwischen 1989 und 1998, also eines Zeitraums von neun Jahren (SISOV 2002). Auch wurde den BewohnerInnen das Eigentumsrecht auf urbanes Land in der städtischen Peripherie erteilt, und die Agrarreform, die von den Landbesitzern bekämpft wird, bestätigt. Darüber hinaus wurden lokale öffentliche Planungsausschüsse eingerichtet, um die Mitbestimmung bei öffentlichen Bauvorhaben und damit die kommunale Demokratie und Partizipation zu fördern.

3. Zusammenfassung

Die Ereignisse in Argentinien zeigen zwar, dass ein hohes Ausmaß an spontanem Widerstand und Mobilisierungskraft in der Gesellschaft besteht. Die Proteste sind allerdings nicht in politische Strukturen eingebettet, die eine grundlegen-

de Alternative zum neoliberalen Kurs formulieren und durchsetzen könnten. Politik als Ausdruck demokratischer Willensbildung ist in Argentinien weitgehend in Verruf geraten. In Venezuela konnte der Richtungswechsel aufgrund zweier Tatsachen in die Praxis umgesetzt werden: einerseits durch die ausdrückliche Entscheidung der Regierung, sich dem neoliberalen Modell entgegenzustellen, andererseits durch den Aufbau einer politischen Kraft, die mit einer starken sozialen Basis ausgestattet ist und die Beteiligung von weiten Teilen der Gesellschaft an einem alternativen und demokratischen Modell ermöglichen soll. Die Ereignisse des Jahres 2002, in dem zwei Putschversuche stattfanden, konnten diesen Kurswechsel nicht stoppen. Die Situation bleibt jedoch unsicher, und die lokalen wirtschaftlichen Gruppen, die mit den USA verbunden sind, versuchen den venezolanischen Weg zu blockieren. Die Fortführung und Vertiefung des Richtungswechsels hängt in seinem Umfang vor allem davon ab, ob und wie die Kapazitäten der politischen Organisation genutzt werden können, aber auch von den Geschehnissen in den Nachbarstaaten der Region.

Literatur

- Banco Central de Venezuela. 2002. »Información estadística.« <http://www.bcv.org.ve/c2/indicadores.asp>, 31. Juli 2003.
- Basualdo, Eduardo. 2001. *Sistema político y modelo de acumulación*. Argentina: Universidad Nacional de Quilmes.
- Bolívar, Simón. 1992. *Carta al encargado de negocios británico en Guayaquil del 5 de agosto de 1829*. In: *Obras Completas*, Madrid: Maveco de Ediciones.
- Cambio cultural. 2003. »Resultados de las elecciones presidenciales en Argentina 1983-1999.« <http://www.cambiocultural.com.ar/actualidad/eleccion.htm>, 31. Juli 2003.
- Calcagno, Alfredo, Eric Calcagno. 2002. *La deuda externa explicada a todos (los que tienen que pagarla)*. Buenos Aires: Catálogos S.R.L.
- CEB/Centro de Estudios Bonaerenses. 2002. »El salario real en sus niveles más bajos.« Noviembre 2002, <http://ceb.org.ar>, 31. Juli 2003.
- CEPAL. 2001. »Estudio económico de América Latina y el Caribe – 2000-2001.« Santiago de Chile: CEPAL. <http://www.eclac.cl>, 31. Juli 2003.
- CEPAL. 2003. »Anuario estadístico de América Latina y el Caribe 2002.« Santiago de Chile: CEPAL. <http://www.eclac.cl>, 31. Juli 2003.
- Galeano, Eduardo. 2002. *Las venas abiertas de América Latina*. Mexico: Siglo XXI Editores.
- Halperin Donghi, Tulio. 1998. *El espejo de la historia. Problemas argentinos y perspectivas latinoamericanas*. Buenos Aires: Editorial Sudamericana.
- Halperin Donghi, Tulio. 2000. *Historia contemporánea de América latina*. Madrid: Alianza Editorial.
- Heymann, Daniel. 2000. *Políticas de reforma y comportamiento macroeconómico*. En: *La Argentina de los Noventa. Desempeño económico en un contexto de reformas*,

- Tomo I, Hg. Daniel Heymann/Bernardo Kosacoff, Buenos Aires: Editorial Universitaria de Buenos Aires.
- INDEC/Instituto Nacional de Estadística. 2002. «Encuesta Permanente de Hogares, Tasas de empleo y desempleo en el total de los aglomerados urbanos.» Octubre 2001, octubre 2002. <http://www.indec.gov.ar>, 31. Juli 2003.
- INDEC. 2003. «Producto Interno Bruto (PIB) a precios de mercado.» Serie trimestral y anual desde 1993 en adelante. <http://www.indec.gov.ar>, 31. Juli 2003.
- INE/Instituto Nacional de Estadística Venezuela. 2001. «Indicadores de pobreza. Principales resultados.» Primer semestre 2001. http://www.pnud.org.ve/email/Contenidos/boletin_02/POBREZA%202001PUB.pdf, 31. Juli 2003.
- Ministerio de economía de la República Argentina. 2002. «Caracterización y evolución del Gasto Público Social. Series de Gasto Público Consolidado por finalidad-función (1980-2001).» <http://www.mecon.gov.ar/peconomica/default.htm>, 31. Juli 2003.
- Morley, Samuel. 2001. *The income distribution. Problem in Latin America and the Caribbean*. Santiago de Chile: CEPAL.
- Neffa, Julio C. 1998. *Modos de regulación, regímenes de acumulación y sus crisis en Argentina (1880-1996). Una contribución a su estudio desde la teoría de la regulación*. Buenos Aires: Editorial Universitaria de Buenos Aires.
- Presidencia de la República Bolivariana de Venezuela. 2002. «Constitución Bolivariana.» <http://www.venezuela.gov.ve/ns/index.htm>, 31. Juli 2003.
- Salgado, Wilma. 2002. «La crisis argentina, des espejismo al espejo.» <http://www.dlh.lah-ora.com.ec/paginas/debate/paginas/debate636.htm>, 31. Juli 2003.
- SAFJP/Superintendencia de Administradoras de Fondos de Jubilaciones y Pensiones. 2003. «Informe de coyuntura», Abril 2003. Buenos Aires.
- SISOV/Sistema Integrado de Indicadores Sociales para Venezuela. 2002. «Empleo y remuneraciones», «Vivienda y sus servicios.» <http://www.sisov.mpd.gov.ve/>, 31. Juli 2003.

Abstracts

The ways in which Argentina and Venezuela are developing can be regarded as exemplary for different development models within the current political and economic situation: In Argentina the austere application of neo-liberal policy led to a severe economic crises, whereas Venezuela tries to follow an alternative path of national development, under the aegis of the so called Bolivarian revolution and president Hugo Chávez. The author describes political developments of both countries during the 1970s and 1980s and analyses decisive measures that have been taken. In the case of Argentina, the macro-economic and social data suggest that the ongoing adherence of neo-liberal policy is responsible for the crisis. On the other hand, the position and the success of the Bolivian model is still uncertain due to political reasons.

Argentinien und Venezuela können in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Konjunktur als Musterbeispiele für höchst unterschiedliche Entwicklungswege gelten: Argentinien ist nach der orthodoxen Anwendung neoliberaler Rezepte in eine schwere und andauernde wirtschaftliche Krise gesteuert, Venezuela versucht mit der sogenannten bolivarianischen Revolution unter Präsident Hugo Chávez alternative Wege zu beschreiten. In dem Beitrag werden die politischen Entwicklungen der beiden Länder seit den 1970er Jahren beschrieben und zentrale Weichenstellungen analysiert. Während die makroökonomischen Daten und die soziale Lage in Argentinien den Schluss zulassen, dass die im vergangenen Vierteljahrhundert angewandte neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik für die Krise verantwortlich zu machen ist, muss der Erfolg des in Bolivien verfolgten Entwicklungsmodells aus politischen Gründen als unsicher eingeschätzt werden.

Ana Silvia Vilker

dzt. WU Wien/Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung

Rossauer Lände 23, 1090 Wien

E-mail: ana.silvia.vilker@muhlrاد.com

Übersetzung und Bearbeitung: Markus Trenker, Karin Fischer